PB.I-01-104

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Deborah Düring (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 103 bis 109:
dass wir Europäer*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. ~~Andererseits werden wir so endlich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir Elektrifizierung und Technologietransfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen. Nur so können wir es schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen.~~Wir werden außerdem Ländern des globalen Südens, und darüber hinaus, Klima- und Entwicklungspartnerschaften anbieten, um den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern zu unterstützen, Anpassung an den Klimawandel zu stärken und die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Nur so können wir es schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen, und damit beginnen, unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden. Wir stärken die bestehenden Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz („Adaptation and Mitigation“) und setzen uns dafür ein, dass

Begründung

Dieser Änderungsantrag konkurriert nicht mit dem Änderungsantrag PB.I-01-099der BAG Globale Entwicklung, sondern sollte diesen im Idealfall ergänzen. Dieser Änderungsantrag erscheint nötig, weil es falsch oder zumindest grob unverhältnismäßig erscheint zu behaupten, dass wir unserer historischen Verantwortung schon alleine durch Elektrifizierung und Technologietransfer in afrikanische Länder sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien dort gerecht würden. Dass der Ausbau Erneuerbarer Energien in einem verantwortungsbewussten staatlichen Handeln bewusst postkolonial und auf Augenhöhe stattfinden muss, wurde im Antrag der BAG Globale Entwicklung schon zur Genüge geklärt.

Der Grund für diesen erweiterten Änderungsantrag liegt darin, dass das Ausmaß unserer historischen Verantwortung im ursprünglichen Antragstext heruntergespielt wird. Wir als Grüne sollten uns aber der Ausmaße unserer Verantwortung deutlich bewusst sein.

Als Grundlage für das Ausmaß unserer Verantwortung können beispielsweise unsere historischen Klima-Schulden herangezogen werden, die wir virtuell beim Rest der Welt dadurch aufnehmen müssten, da wir historisch wesentlich mehr Emissionen ausgestoßen haben als die meisten anderen Staaten auf der Welt. Hier die Beispielrechnung: Der Anteil der deutschen Emissionen an allen Emissionen seit 1990 beträgt ca. 30Gt von 950 Gt, also ca. 3,15 %. Deutschland hätten aber wegen seines Anteils an der Weltbevölkerung nur ca. 1,15% zugestanden, was bedeutet, dass Deutschland moralisch gesehen den Schaden, den die restlichen 2% (19 Gt) der globalen Emissionen angerichtet haben, dem Rest der Welt eigentlich schuldet und komplett ausgleichen müsste. Wenn man davon ausgeht, dass der Schaden einer Tonne CO2 in der Vergangenheit niedriger berechnet würde als aktuell (z.B. nur 150€ pro Tonne CO2), dann hätte Deutschland beim Rest der Welt heute eine Klimaschuld von ca. 2 Billionen 850 Milliarden Euro zu begleichen - und das ist sehr konservativ gerechnet, weil das Umweltbundesamt eigentlich viel höhere Kosten pro Tonne CO2 veranschlagt,

wenn man die Schäden berücksichtigt, die in späterer Zukunft deswegen auftreten, und weil Deutschland natürlich auch schon vor 1990 wesentlich mehr CO2 pro Kopf ausgestoßen hat als viele andere Länder. Deutschland ist das Land, das seit Beginn der Industrialisierung die viertmeisten Emissionen ausgestoßen hat. Unsere historische Verantwortung ist sehr groß. Koloniale Kontinuitäten sind in allen politischen Handlungsfeldern u.a. auch im internationalen Naturschutz zu finden.

Das alles spricht dafür, dass die Behauptung, dass Deutschland seiner historischen Verantwortung schon alleine durch Elektrifizierung und Technologietransfer in afrikanische Länder sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien dort gerecht würde, auf jeden Fall als falsch bzw. unverhältnismäßig gestrichen werden muss.

Dennoch finden wir es wichtig zu zeigen, dass wir uns unserer historischen Verantwortung im internationalen Klimaschutz bewusst sind und sie wahrnehmen wollen. Wir sind der Überzeugung, dass eine klimagerechte Politik eine postkoloniale Sensibilisierung benötigt. GRÜNE internationale Klimapolitik beginnt auch damit, wenn sie dieser historischen Verantwortung gerecht wird.

weitere Antragsteller*innen

Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Ali Khademolhosseini (KV Erlangen-Stadt); Bruno Wipfler (KV Stuttgart); Sarah Pscherer (KV Hamburg-Harburg); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Katharina Meixner (KV Frankfurt); Michael Kömm (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde); Christoph Sippel (KV Schwalm-Eder); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Victoria Uhrig (KV Hersfeld-Rotenburg); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Sophie Ahrenberg (KV München); Lennart Lünemann (KV Münster); Johnny Stengel (KV Hamburg-Nord); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Justus Heuer (KV Jena); Karen von Rüden (KV Marburg-Biedenkopf); Sophia Birchinger (KV Frankfurt); Cecilia Natalie Strom (KV Leipzig); Lior Smith (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Merle Spellerberg (KV Dresden); Hendrik Bernau (KV München); Tobias Fritz (KV Stuttgart); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Jonas Simon Pollex (KV Bremen-Kreisfrei); Lino Klevesath (KV Göttingen); Jan Schierkolk (KV Frankfurt); Constantin Sennlaub (KV Hochtaunus); Sascha Planz (KV Hochtaunus); Ginan Osman (KV Main-Taunus); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Luisa Büschleb-Köppen (KV Magdeburg); Johannes Mehrer (KV Marburg-Biedenkopf); Simon Heß (KV Frankfurt); Christine Greve (KV Hochtaunus); Lars Nitschke (KV Groß-Gerau); Stefan Krischer (KV Aachen)